

Solidarity City

Eine gerechtere Stadt für alle – Wie soll das gehen?

Solidarity Cities in den USA, Kanada, UK, Italien und Spanien setzen sich schon lange für die Rechte von Geflüchteten und Menschen ohne Papiere ein. Die kommunale Handlungsebene ist dafür gut geeignet, weil sich hier alle Institutionen auf eine solidarische Praxis einigen können.

Was ist daran neu? Aktivistische Gruppen, Institutionen und sogar die Stadtverwaltung ziehen an einem Strang, geht es nun um Gesundheitsversorgung, Arbeitssuche, Wohnen oder andere Fragen der Versorgung und des alltäglichen Lebens.

Was ist die Idee dahinter? Wir wollen eine lebenswerte Stadt für alle Bewohner*innen schaffen. Eine soziale Gemeinschaft funktioniert am besten, wenn alle Beteiligten dort auch ihr Leben selbst gestalten können. Alle müssen wohnen, arbeiten und sich vernetzen können, wie es ihnen gefällt. Wir akzeptieren nicht, dass dies nur für Menschen mit deutschem Pass und dem nötigen Kapital erfüllbar ist und fordern stattdessen eine Stadt für alle!

**Wir schließen uns
dem internationalen Netzwerk
solidarischer Städte an!**

Illegalisierung ist ein Sicherheitsrisiko

In jeder Stadt leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Nicht alle haben einen deutschen Pass und auch nicht jede*r hat einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Dies führt dazu, dass einige nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen haben. Das Asylbewerberleistungsgesetz mutet Menschen ein noch schlechteres Leben zu als Hartz IV. Andere erhalten gar keine staatlichen Leistungen, weil sie als Undokumentierte fast jeden Kontakt mit staatlichen Institutionen vermeiden müssen. Diejenigen, die hier nur geduldet sind, leben wegen drohender Abschiebung in einem Zustand dauerhafter Unsicherheit. Illegalisierte Menschen werden unsichtbar. Sie können ihre Kinder nicht in die Schule oder den Kindergarten schicken, nur rudimentäre Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen und sind dazu gezwungen, gar nicht oder zu schlechten Bedingungen zu arbeiten. Die Möglichkeit, aktiv und selbstbestimmt das eigene Leben in die Hand zu nehmen und zu gestalten, wird ihnen so erschwert.

Don't ask, don't tell – den Aufenthaltsstatus aktiv ignorieren

Eine neue Klasse von Menschen entsteht, die keine oder nur wenige Rechte hat, die auf staatliche Hilfen und Wohlfahrt angewiesen ist und zur Passivität gezwungen wird. Dabei werden nicht nur menschliche Potenziale übersehen und unnötige Kosten verursacht, sondern vor allem Menschenrechte ignoriert und das soziale Zusammenleben in den Städten gefährdet. Zum Beispiel kommen illegalisierte Menschen als Zeug*innen vor Gericht kaum in Frage. Auch erste Hilfe zu leisten,

kann für sie schon eine Gefahr darstellen. Dabei ist es in vielen Fällen nicht einmal nötig oder pflichtig, dass Behörden, Schulen, medizinische Praxen oder Kliniken Daten zum Aufenthaltsstatus der jeweiligen Person erheben, geschweige denn diese weiterzuleiten. Als Minimalkonsens einer Solidarity City gilt deshalb die Praxis „Don't ask, don't tell“.

Zufluchtsstädte – Sanctuary Cities – Solidarity Cities: ein weltweites Netzwerk

Seit den 1970er Jahren haben sich weltweit über 250 Städte zu Zufluchtsstädten erklärt. Sie wollen allen einen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen gewährleisten und weigern sich, an Repressionsmaßnahmen gegen illegalisierte Menschen und an Abschiebungen mitzuwirken. Sie nennen sich Zufluchtsstädte, Cities of Sanctuary oder Solidarity Cities - das Grundkonzept ist dasselbe. In Sanctuary Cities in den USA gibt es verglichen mit Gemeinden, die sich nicht am Netzwerk beteiligen ein durchschnittlich höheres Haushaltseinkommen, weniger Arbeitslosigkeit und weniger Kriminalität. Auch in Deutschland sind solche Zufluchtsstädte möglich und können für ein gutes und sichereres Zusammenleben sorgen! Gruppen und Bündnisse aus vielen deutschen Städten planen eine Beteiligung am internationalen Netzwerk. Auch in der Schweiz gibt es Bewegungen, die illegalisierten Menschen das Leben erleichtern möchten.

Solidarity Cities in Deutschland

Städte sind dem Wohlergehen aller Stadtbürger*innen verpflichtet, nicht nur denen mit deutschem Pass. Staatsangehörigkeit und Aufenthaltstitel dürfen nicht dazu führen, dass es Bür-

ger*innen zweiter und dritter Klasse gibt. Alle Einwohner*innen einer Stadt profitieren davon, wenn sozialer Zusammenhalt praktiziert wird. Wenn folglich auch Menschen mit prekärem Aufenthaltstitel aktiv Teil der Gemeinschaft sind, arbeiten, wohnen, sich bilden und versorgen können. In der internationalen Bewegung der Solidarity und Sanctuary Cities finden sich Allianzen von solidarischen Aktionsgruppen mit z.B. kommunalen Verwaltungen, Gesundheitsbehörden, Schulen, Gewerkschaften und auch von Polizeiorganisationen. Dabei gehen alle aus unterschiedlichen Gründen davon aus, dass die Spaltung der Stadtbewohner*innen in Legale, Geduldete und Illegalisierte zu Problemen für das kommunale Zusammenleben führt. Wir rufen die kommunale Politik, lokale Institutionen (z.B. Kindergärten, Schulen, Betriebe, Kammern, Krankenhäuser) und die Zivilgesellschaft dazu auf, sich der Bewegung der Sanctuary/Solidarity Cities anzuschließen. Lasst uns darüber diskutieren, welchen kommunalen Gestaltungsraum wir einfordern und nutzen können!

Weitere Informationen

Zum Konzept der Solidarity Cities und zum internationalen Stand der Dinge findest Du zum Beispiel hier:

www.solidarity-city.eu

www.solidarity-city-berlin.org/about-us

www.fluechtlingsforschung.net/staedte-der-zuflucht

www.fluechtlingsforschung.net/sanctuary-cities-inder-brd

www ffm-online.org/2017/02/16/sanctuary-cities-einmodell-fuer-europa

www.toronto.nooneisillegal.org/demands

www.cityofsanctuary.org/

Neue Initiativen für eine Solidarische Stadt

Es gibt Initiativen in einer Reihe von Städten – unser Ziel ist die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung.

Augsburg Anfang 2017 hat sich die Initiative „Augsburg - Solidarische Stadt der Zuflucht“ gegründet. Hervorgegangen aus dem örtlichen Flüchtlingsrat, arbeitet ein breites Bündnis städtischer Gruppierungen darauf hin, dass Augsburg eine Stadt der Zuflucht wird, in der Migrant*innen in Not ein neues Zuhause finden.

✉ fluechtlingsrataugsburg@gmail.com

Berlin Solidarity City ist ein Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen und wurde Ende 2015 gegründet. Unsere Organisation setzt sich zusammen aus Migrant*innen, Geflüchteten und illegalisierten Menschen, sowie aus Gruppen, die Menschen in entsprechenden Situationen helfen und weiteren Unterstützer*innen.

✉ kontakt@solidarity-city-berlin.org 📍 solidarity-city-berlin.org

Bern „Wir alle sind Bern“: Nicht Herkunft soll im Zentrum stehen, sondern der Lebensmittelpunkt und die gemeinsame Zukunft. Zum Netzwerk gehört das Café Cosmopolis, wo Betroffene von Rassismus sich treffen und austauschen können, eine Arbeitsgruppe gegen Racial Profiling sowie die Initiative für eine Berner City-ID-Card. Von Anfang an wurden Menschen ohne Papiere eingebunden.

✉ wir-alle-sind-bern@immerda.ch

Bremen Wir sehen uns als Teil eines städtischen Netzwerkes, das bestehende Strukturen verbinden und schon begonnene Kämpfe aufgreifen und verstärken möchte. Wir kämpfen für gleiche Rechte und gesellschaftliche Teilnahme aller Menschen, sei es in der medizinischen Versorgung, beim Thema Bildung oder im Hinblick auf politische Gestaltung.

✉ start@solidarity-city-bremen.org

Darmstadt Es hat sich eine - noch sehr kleine - Initiativgruppe zur solidarischen Stadt gegründet. Praktische Ansätze sind Kirchenasyl und erste Ansätze Richtung Bürgerasyl. Ziel ist die Erweiterung des Fokus über Abschiebeverhinderung hinaus.

✉ agis@nadir.org

Frankfurt Das Frankfurter Aktionsbündnis setzt sich für den Schutz von Menschen ein, die nach Frankfurt/M. geflüchtet sind und flüchten. Unser Ziel ist, dass sich die politischen Gremien der Stadt dazu verpflichten, Abschiebungen zu verhindern: Wer in Frankfurt lebt, ist Frankfurter*in.

✉ solidarity-city-ffm@lists.riseup.net

Freiburg Die „Solidarity City“-Initiative hat sich im Januar 2017 aus langjährigem zivilgesellschaftlichen Engagement für Bleibe- und Menschenrechte gegründet. Monatliche Plena und einzelne thematische Arbeitsgruppen möchten in der Stadt eine breite Plattform einrichten, die bessere Lebensumstände für alle zu erkämpfen hilft.

✉ zuflucht@freiburger-forum.net 📍 freiburger-forum.net/zuflucht

Göttingen Die Solidarity City Göttingen fußt auf der Kooperation von Medinetz, Wohnrauminitiativen, Anti-Ra-Gruppen und anderen. Aus der Unterstützung Illegalisierter und aus der Erfahrung mit Kirchenasylen ist der Aufbau von Bürgerasyl eines seiner ersten konkreten Initiativen.

✉ solidarity-city-goe@lists.riseup.net

Hamburg "Never mind the papers" arbeitet an einem langfristigen Projekt zu "Urban Citizenship" und einer Solidarity City Hamburg, welche die Bereiche Wohnen, Bleiben, Gesundheit, Bildung und Arbeit aller Prekarisierten in den

Blick nimmt. Der "Aktionskreis Hamburg Hat Platz!" fordert die sofortige Aufnahme von weiteren Zufluchtssuchenden und einen Abschiebestop nach Afghanistan. Er hat mehrere große Veranstaltungen und Aktionen organisiert und einen Manifest-Entwurf "Hamburg-Stadt der Hoffnung" formuliert. Die Petition zur Aufnahme von 1000 Flüchtenden aus Griechenland nach Hamburg wird von 35 lokalen Organisationen sowie fast 5000 Einzelpersonen unterstützt und bald Senat und Bürgerschaft übergeben.

Unterschreibt hier: 📍 <https://weact.campact.de/petitions/hamburg-hat-platz>.

Hanau Vielfältige Erfahrungen mit Kirchenasyl gegen Dublin-Abschiebungen und eine aktuelle Initiative für Bürgerasyl für abschiebebedrohte afghanische Geflüchtete bilden zwei praktische Bausteine des Ansatzes der Solidarischen Stadt in Hanau. Neben den Bleiberechtskämpfen sehen wir die Notwendigkeit, im Konzept der Solidarischen Stadt die soziale Ausgrenzung unterschiedlicher sozialer Gruppen zum Thema zu machen.

✉ kmii-hanau@antira.info

Hannover Eine Initiative zu Solidarity City existiert seit Mai 2017. Dazu wird zunächst ein Netzwerk mit Projekten initiiert, die einzelne Bausteine der solidarischen Stadt bereits verwirklichen. Wir wollen aber auch mit konkreten Forderungen (z. B. keine Abschiebungen nach Afghanistan) und Aktivitäten (z.B. Unterstützung von Bleiberechtskämpfen und anderen Aktionen) auf die aktuelle politische Situation reagieren.

✉ solinet-hannover@lists.riseup.net

Köln Es hat sich eine Initiativgruppe gegründet und weitere Aktionen sind geplant.

Leipzig Während der „Welcome 2 Stay“-Aktionstage wurde die Idee verbreitet, es gibt eine Kampagne zu dezentralem Wohnen und Integration, Gruppen arbeiten am MediNetz mit der Gesundheitskarte und am Abschiebestop nach Afghanistan; diese Aktivitäten könnten unter dem Motto SC laufen.

Marburg Solidarity City Marburg ist ein Bündnis aus vielen Marburger Initiativen und Einzelpersonen. Wir haben uns Mitte 2017 mit dem gemeinsamen Ziel zusammengetan, Marburg zu einer Stadt zu machen, in der alle Menschen gleichen Zugang zu sozialen Leistungen und ein Recht auf Rechte haben. Unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus.

✉ solidarity-city-mr@riseup.net

Münster Die Initiative „Stadt der Zuflucht“ will Menschen direkt aus den Camps aufnehmen und hat Interesse an einem breiteren Bündnis und städteübergreifenden Partnerschaften.

Osnabrück Aktivistische Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen mit ganz verschiedenen politischen Ansichten und Themenschwerpunkten arbeiten seit Herbst 2016 daran, Osnabrück zu einer Solidarity City zu machen. Dabei machen wir auch solidarische und emanzipatorische Strukturen, die es schon gibt sichtbar, stellen solidarische Zustände her und fordern deren Anerkennung ein.

✉ kontakt@solidarity-city.eu

Zürich „Wir alle sind Zürich“ fragt danach, wie StadtbürgerInnenschaft für alle in Zürich lebenden Menschen konkretisiert und umgesetzt werden könnte und setzt sich unter anderem für eine Zürcher City-ID-Card ein. Die Autonome Schule Zürich ist eine selbstverwaltete Schule von und für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus und eine Art Zufluchtsort in repressiven Zürcher Migrationsregime.

📍 wirallesindzuerich.wordpress.com 📍 bildung-fuer-alle.ch

Wir fordern:

Alle Menschen, die in einer Stadt leben...

- sollen ein Recht auf Daseinsgrundversorgung haben
- soll Zugang zu Infrastrukturen der Stadt gewährt werden
- soll Bildung und Weiterbildung ermöglicht werden
- soll medizinische Beratung und Versorgung in Anspruch nehmen können
- sollen politisch mitbestimmen dürfen
- sollen das Recht auf kulturelle Teilhabe haben
- sollen das Recht zu bleiben haben! Keine Abschiebungen aus der Stadt!

... und das unabhängig vom Aufenthaltsstatus! Es bleibt dabei: Kein Mensch ist illegal!

Illegalisierung von Personen und deren Ausschluss ist keine Lösung, sondern das Problem!

Netzwerk Solidarity City

Für eine gerechtere Stadt für alle!



www.solidarity-city.eu

Deine Stadt fehlt?

Werde selbst aktiv, informiere dich über das Netzwerk und Möglichkeiten in deiner Stadt auf solidarity-city.eu